

[Global Justice in the 21st Century](#)

Gemeinsame Erklärung von Juristen, die auf das Internationale Recht spezialisiert sind, zu Israels Gaza-Offensive

28Jul

(Prefatory Note: Hier wird eine gemeinsame Erklärung von internationalen Juristen aus aller Welt, die unten als Unterzeichner aufgeführt sind, gepostet. Ich bin unter den Unterzeichnern und der Text wurde anfangs von internationalen Rechtswissenschaftlern entworfen. Wir begrüßen zusätzliche Unterschriften, die mir in der Kommentarrubrik übermittelt werden können, mit Zugehörigkeitsvermerk zwecks Identifizierung, und die Namen werden periodisch in dem Text ergänzt. Ich sehe dies als einen wichtigen Ausdruck professioneller Beurteilung und des individuellen Gewissens im Hinblick auf das Verhalten der Israelis in Gaza, das am 8. Juli begann und das bereits so viele unschuldige Leben gekostet - und solch weitreichende Verwüstung verursacht hat. Bitte schließen Sie sich uns an und verbreiten sie dies in der ganzen Welt.

Die internationale Gemeinschaft muss Israels kollektive Bestrafung der Zivilbevölkerung im Gazastreifen beenden.

Als Rechtswissenschaftler auf dem Gebiet des Internationalen Rechts und des Strafrechts, Verteidiger des Menschenrechts, als Gesetzesexperten und Individualisten, die fest an die Rolle des Rechts glauben und an die Notwendigkeit, dieses Recht in Zeiten des Friedens zu achten, aber vor allem in Zeiten des Krieges, halten wir es für unsere intellektuelle und moralische Pflicht, die schweren Verstöße, die Täuschungsmanöver und die Missachtung der wichtigsten Prinzipien des Rechts in Zeiten bewaffneter Konflikte anzuprangern und auch die Missachtung der fundamentalen Menschenrechte der gesamten palästinensischen Bevölkerung, gegen die bei der anhaltenden israelischen Offensive gegen den Gazastreifen verstoßen wurde. Wir verurteilen ebenso die Raketenangriffe aus dem Gazastreifen, so wie jeden rücksichtslosen Angriff auf Zivilpersonen, der ungeachtet der Identität der Angreifer, nicht nur illegal ist gemäß internationalem Recht, sondern auch moralisch untragbar. Jedoch kann man, wie auch implizit vom UN-Menschenrechtsrat in seiner Resolution vom 23. Juli 2014 festgehalten wurde, die beiden Parteien bei dem Konflikt nicht als gleich(stark) erachten, und es ist ersichtlich, dass ihre Aktionen – wieder einmal - von unvergleichbarem Ausmaß (unverhältnismäßig) sind.

Wieder einmal ist es die unbewaffnete Zivilbevölkerung, die gemäß dem Internationalen Humanitären Recht (IHL) „geschützten Personen“, die im Auge des Sturms sind. Gazas Zivilisten wurden im Namen eines falsch konstruierten Rechts der Selbstverteidigung geopfert, inmitten einer Eskalation, vor den Augen der gesamten internationalen Gemeinschaft. Die sogenannte Operation „Protective Edge“ brach während des anhaltenden bewaffneten Konflikts im Zusammenhang einer verlängerten aggressiven Besetzung aus, die im 1967 begann. Im Laufe des andauernden Konflikts wurden Tausende der Palästinenser getötet und verwundet im Gazastreifen, während der

periodischen und vorgeschobenen „Feuerpausen“-Zeiträumen seit 2005, nach Israels unilateralem „Abzug“ aus dem Gazastreifen. Die Toten, die Israels provokative Aktionen im Gazastreifen vor der letzten Eskalation der Feindseligkeiten zur Folge hatte, dürfen auch nicht ignoriert werden.

Gemäß UN-Quellen wurden in den letzten zwei Wochen fast 800 Palästinenser in Gaza getötet und über 4000 verletzt, von denen die meisten Zivilisten waren. Mehrere unabhängige Quellen geben an, dass nur 15% der Opfer Kämpfer waren. Ganze Familien wurden ermordet. Hospitäler, Kliniken, als auch Rehabilitationszenter für Behinderte wurden angegriffen und schwer beschädigt. Am Sonntag, dem 20. Juli wurden an einem einzigen Tag über 100 palästinensische Zivilpersonen getötet in Shuga'ia, einem Wohnviertel von Gaza City. Das war eine der blutigsten und aggressivsten Operationen, die Israel jemals im Gazastreifen ausgeführt hatte, eine Art urbaner Gewalt, was eine völlige Missachtung der Unschuld der Zivilbevölkerung darstellt. Traurigerweise folgte auf diese nur ein paar Tage später ein gleichermaßen destruktiver Angriff auf Khuza'a, im Osten von Khan Younis.

Darüberhinaus hat die Offensive bereits eine umfassende Zerstörung von Gebäuden und Infrastruktur verursacht; laut UN-Büro der Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (UNWRA) wurden über 3.300 Häuser attackiert, was zu ihrer Zerstörung geführt, oder schwere Schäden angerichtet hat.

Wie von dem UN-Untersuchungskomitee (FFM) des Gazakonfliktes nach Israels Operation „Cast Lead“ (Gegossenes Blei), 2008 – 2009 festgestellt wurde: „Während die israelische Regierung sich bemüht hat, ihre Operationen in erster Linie als Antwort auf Raketenangriffe in Ausübung ihres Rechts auf Selbstverteidigung darzustellen, sieht das Komitee den Plan zumindest teilweise als gegen ein anderes Ziel gerichtet an: „Die Bevölkerung von Gaza insgesamt“ (A/HRC/12/48, par.1680). Dasselbe gilt für die derzeitige israelische Offensive.

Die Zivilbevölkerung im Gazastreifen steht unter direktem Beschuss und viele sind gezwungen, ihre Häuser zu verlassen. Was bereits eine Flüchtlings- und eine humanitäre Krise war, hat sich mit einer neuen Welle der Massenvertreibung von Zivilpersonen noch verschlimmert: die Zahl von IDPs (Interne Vertriebene) hat nun fast 150 000 erreicht, viele von ihnen haben Zuflucht in überfüllten UNRWA-Schulen erhalten, die unglücklicherweise auch keine sicheren Bereiche sind, wie sich bei den wiederholten Angriffen auf die UNRWA-Schulen in Beit Hanoun zeigte. Jeder in Gaza ist traumatisiert und lebt in einem Stadium von konstantem Terror. Das Ergebnis ist vorsätzlich, da Israel sich wieder einmal auf die „Dahiye Doktrin“ bezieht, die willkürlich auf unproportionale Gewalt zugreift, um der Zivilbevölkerung Leid zuzufügen, um eher politische (auf die Hamas-Regierung Druck auszuüben) als militärische Ziele zu erzielen.

Indem Israel so handelt, verletzt es wiederholt und schamlos das Recht in Zeiten bewaffneten Konflikts, das besagt, dass Kämpfer und militärische Ziele angegriffen werden dürfen, das bedeutet, solche Ziele, die durch ihren Charakter, Lage, Zweck oder ihren Einsatz einen wirksamen Beitrag zu der militärischen Handlung leisten und deren völlige oder teilweise Zerstörung, Gefangennahme oder Neutralisierung in der zu der Zeit vorherrschenden Situation einen definitiven militärischen Vorteil bieten.“ Den meisten der letzten schweren Bombardierungen in Gaza fehlt eine akzeptable militärische Rechtfertigung, stattdessen scheinen sie dazu zu dienen, die Zivilbevölkerung zu terrorisieren. Wie das Internationale Rote Kreuz (ICRC) klarstellt, ist willkürlich Terror zu erzeugen nach dem Völkergewohnheitsrecht eindeutig rechtswidrig.

In seinem Gutachten hinsichtlich der Atomwaffen stellte der ICJ fest, dass das Unterscheidungsprinzip, das von den kriegsführenden Staaten verlangt, zwischen Zivilpersonen und Kämpfern zu unterscheiden, eins der „Kardinalprinzipien“ des internationalen humanitären Rechts und der „intransgressiblen Prinzipien des internationalen Völkergewohnheitsrecht“ ist.

Das Prinzip der Unterscheidung ist festgeschrieben in den Artikeln 48, 51(2) und 52(2) des

Zusatzprotokolls 1 von 1977 zu den 1949 Genfer Konventionen, für die es keine Vorbehalte gegeben hatte. Gemäß dem Zusatzprotokoll I, beziehen sich „Angriffe“ auf Gewaltakte gegen den Gegner, entweder zum Angriff oder zur Verteidigung“ (Artikel 49). Sowohl unter dem Völkergewohnheitsrecht als auch unter dem Vertragsrecht, ist das Verbot, Angriffe auf die Zivilbevölkerung zu richten oder auf zivile Ziele, unumstößlich. Dabei gibt es keinen Ermessungsspielraum, um sich auf eine militärische Notwendigkeit als Rechtfertigung zu berufen.

Im Gegensatz zu Israels Behauptungen können Fehler nicht gerechtfertigt werden, die in zivilen Opfern enden: falls Zweifel über den Charakter des Zieles bestehen, legt das Gesetz eindeutig fest, dass vorausgesetzt wird, dass eine Sache, die zivilen Zwecken dient (wie Schulen, Häuser, Plätze zum Beten und medizinische Einrichtungen) nicht für militärische Zwecke eingesetzt wird. In diesen letzten Wochen forderten UN-Offizielle und Repräsentanten wiederholt von Israel, sich bei Angriffen auf den Gazastreifen, wo die Risiken sich aufgrund der sehr hohen Bevölkerungsdichte zuspitzen, strikt an die Vorsichtsmaßnahmen zu halten, und dass ein Maximum an Zurückhaltung ausgeübt werden muss, um zivile Opfer zu vermeiden. HRW (Human Right Watch) (Menschenrechtsüberwachung) hat festgestellt, dass diese Regeln existieren, um die Fehler zu minimieren, „wenn solche Fehler sich wiederholen, kommen Bedenken auf, ob diese Regeln missachtet werden.“

Zudem verstößt Israel, selbst wenn es klare militärische Ziele angreift, permanent gegen das Prinzip der Verhältnismäßigkeit: das wird besonders sichtbar bei den 100 Häusern von Zivilpersonen, die von der israelischen Armee im Laufe der aktuellen militärischen Operation in Gaza zerstört wurden. Mit der erklärten Absicht, auf ein einziges Mitglied der Hamas zu zielen, hat die israelische Armee Häuser bombardiert und zerstört, obwohl sie von dutzenden Zivilpersonen, darunter Frauen und Kinder und ganze Familien, bewohnt waren.

Gemäß dem internationalen Völkergewohnheitsrecht ist es bereits an sich illegal, vorsätzlich zivile Objekte anzugreifen, und der Verstoß gegen einen solchen fundamentalen Grundsatz des Gesetzes kann einem Kriegsverbrechen gleichkommen. Wenn man eine Warnung erlässt, zum Beispiel Israels sogenannte Dachklopf-Technik, oder 5 Minuten vor dem Angriff ein SMS sendet– mindert das nicht (die Tat): es bleibt illegal, ohne einen Beweis militärischer Notwendigkeit vorsätzlich ein ziviles Haus anzugreifen,, da das einem Verstoß gegen das Prinzip der Verhältnismäßigkeit gleichkommt. Darüber hinaus sind diese „Warnungen“ im Allgemeinen ineffektiv und können sogar noch zu weiteren Todesopfern führen; sie scheinen eine im Voraus konstruierte Entschuldigung von Israel zu sein, um Menschen, die in ihren Häusern verbleiben als „menschliche Schutzschilder“ zu porträtieren.

Die rücksichtslosen und unverhältnismäßigen Angriffe, das Zielen auf Ziele, die keinen effektiven militärischen Vorteil verschaffen und das vorsätzliche Zielen auf Zivilpersonen und deren Häuser waren persistente Charakterzüge von Israels langjähriger Politik der Bestrafung der gesamten Bevölkerung des Gazastreifens, die sieben Jahre lang durch die von Israel verhängte Blockade praktisch eingesperrt war. Solch ein System läuft auf eine Art Kollektivstrafe hinaus, die gegen das in Artikel 33 der Vierten Genfer Konvention festgelegte bedingungslose Verbot verstößt und international aufgrund der Rechtswidrigkeit verurteilt wurde. Weit entfernt davon, dass internationale Akteure dagegen opponieren, wurde Israels illegale Politik der absoluten auf Gaza verhängten Blockade unter dem Mittäterblick der internationalen Gemeinschaft von Staaten trotzdem fortgesetzt.

Wie im Jahre 2009 von dem für den Gazakonflikt zuständigen UN-Untersuchungskomitee bekräftigt: „Gerechtigkeit und Achtung vor der Rolle des Gesetzes ist die unabdingbare Basis für Frieden. Die länger anhaltende Situation hat eine Krise des Rechtssystems in dem besetzten palästinensischen Gebiet geschaffen, was eine Handlung rechtfertigt (A/HRC/12/48, pra.1958). In der Tat: „Die langanhaltende Straflosigkeit war ein Schlüsselfaktor bei der Aufrechterhaltung der

Gewalt in der Region und bei der Wiederholung von Gewalttaten sowie bei der Beeinträchtigung des Vertrauens unter den Palästinensern und vielen Israelis hinsichtlich der Aussicht auf Gerechtigkeit und eine friedlichen Lösung des Konfliktes“. (A/HCR/12/48, para.1964)

Deshalb,

begrüßen wir die Resolution, die am 23. Juli 2014 von dem UN-Menschenrechtsrat angenommen wurde, in der eine unabhängige internationale Untersuchungskommission eingesetzt wurde, um sämtliche Verstöße gegen das internationale humanitäre Recht und gegen die internationalen Menschenrechte in dem besetzten palästinensischen Gebiet zu untersuchen.

Wir appellieren an die Vereinten Nationen, die Arabische Liga, die Europäische Union, die einzelnen Staaten, insbesondere an die USA und die internationale Gemeinschaft in ihrer Gesamtheit und mit all ihrer kollektiven Macht, mit höchster Dringlichkeit zu handeln, um die Eskalation der Gewalt gegen die Zivilbevölkerung des Gazastreifens zu beenden und Prozesse zu aktivieren, um all jene zur Rechenschaft zu ziehen, die die Verstöße gegen das internationale Recht zu verantworten haben, einschließlich politischer Führer und Militärkommandanten. Insbesondere:

Alle regionalen und internationalen Akteure sollten den sofortigen Beschluss eines dauerhaften, umfassenden und beidseitig vereinbarten Waffenstillstandsabkommens unterstützen, das die schnelle Erleichterung und den Zugang für humanitäre Hilfe sicherstellt und die Öffnung der Grenzen nach und von Gaza;

Alle hochrangigen Vertragsparteien der Genfer Konventionen müssen dringend und bedingungslos aufgefordert werden, ihre fundamentalen Verpflichtungen, die jederzeit bindend sind, zu erfüllen und gemäß dem bekannten Artikel 1 zu agieren und alle notwendigen Maßnahmen zur Unterdrückung der Verstöße ergreifen, wie in Artikel 146 und Artikel 147 der Vierten Genfer Konvention festgeschrieben ist. Diese Regeln sind auch von allen interessierten Parteien anwendbar;

Außerdem prangern wir den schamlosen politischen Druck an, der von einigen UN-Mitgliedsstaaten und von der UN auf Präsident Mahmoud Abbas ausgeübt wurde, um ihn vor der Rückhaltsuche beim Internationalen Strafgerichtshof (ICC) abzuschrecken, und wir drängen die verantwortlichen Führer von Palästina, sich auf die Rechtsprechung des ICC zu berufen, indem sie den ICC-Vertrag ratifizieren. In der Übergangszeit sollten sie die Erklärung gemäß Artikel 12 (3) der römischen Statuten neu einreichen, um die schwerwiegenden internationalen Verbrechen, die auf dem palästinensischen Territorium von allen Parteien des Konfliktes begangen wurden, zu untersuchen und strafrechtlich zu verfolgen; und

der UN-Sicherheitsrat muss letztendlich seinen Verpflichtungen in Bezug auf Frieden und Gerechtigkeit nachkommen, indem er die Situation in Palästina dem Ankläger des ICC überträgt.

Vom Englischen ins Deutsche übersetzt von Inga Gelsdorf.

(Nachfolgend die Unterschriftenliste)

.

1. John Dugard, Former UN Special Rapporteur on human rights situation in the Occupied Palestinian Territory
2. Richard Falk, Former UN Special Rapporteur on human rights situation in the Occupied Palestinian Territory
3. Alain Pellet, Professor of Public International Law, University Paris Ouest, former Member of the United Nations International Law Commission, France
4. Georges Abi-Saab, Emeritus Professor of International Law, Graduate Institute of International and Development Studies, Geneva, Former Judge on the ICTY
5. Vera Gowlland-Debbas, Emeritus Professor of International Law, Graduate Institute of International and Development Studies, Geneva, Switzerland
6. Chantal Meloni, Adjunct Professor of International Criminal Law, University of Milan, Italy (Rapporteur, Joint Declaration)
7. Roy Abbott, Consultant in International Humanitarian Law and International Human Rights Law, Australia
8. Lama Abu-Odeh, Law Professor, Georgetown University Law Center, USA
9. Susan M. Akram, Clinical Professor and supervising attorney, International Human rights Program, Boston University School of Law, USA
10. Taris Ahmad, Solicitor at Jones Day, London, UK
11. Maria Anagnostaki, PhD candidate, Law School University of Athens, Greece
12. Antony Anghie, Professor of Law, University of Utah, USA
13. Nizar Ayoub, Director, Al-Marsad, Arab Human Rights Centre in Golan Heights
14. Valentina Azarov, Lecturer in Human Rights and International Law, Al Quds Bard College, Palestine
15. Ammar Bajboj, Lecturer in Law, University of Damascus, Syria
16. Samia Bano, SOAS School of Law, London, UK
17. Asli Ü Bali, Professor of Law, UCLA School of Law, USA
18. Jakub Michał Baranowski, Phd Candidate, Università' degli Studi Roma Tre, Italy
19. Frank Barat, Russell Tribunal on Palestine
20. Emma Bell, Coordinator of the European Group for the Study of Deviance and Social Control, Université de Savoie, France
21. Barbara Giovanna Bello, Post-doc Fellow, University of Milan, Italy
22. Brenna Bhandar, Senior lecturer in Law, SOAS School of Law, London, UK
23. George Bisharat, Professor of Law, UC Hastings College of Law, USA
24. Barbara Blok, LLM Candidate, University of Essex, UK
25. John Braithwaite, Professor of Criminology, Australian National University, Australia
26. Michelle Burgis-Kasthala, lecturer in international law, University of Edinburgh, UK
27. Eddie Bruce-Jones, Lecturer in Law, University of London, Birkbeck College, UK
28. Sandy Camlann, LLM Candidate, Université Paris Ouest Nanterre La Défense, France
29. Grazia Careccia, Human Rights Advocate, London, UK
30. Baris Cayli, Impact Fellow, University of Stirling, UK
31. Antonio Cavaliere, Professor of Criminal Law, University Federico II, Naples, Italy
32. Kathleen Cavanaugh, Senior Lecturer, Irish Center for Human Rights, National University of Ireland, Galway, Ireland
33. Elizabeth Chadwick, Reader in International Law, Nottingham, UK
34. Donna R. Cline, Attorney at Law, USA
35. Karen Corteen, Senior Lecturer in Criminology, University of Chester, UK
36. Andrew Dahdal, Lecturer, Faculty of Business and Economics, Macquarie University, Sydney, Australia

37. Teresa Dagenhardt, Reader in Criminology, Queen's University Belfast, Northern Ireland
38. Luigi Daniele, PhD candidate in Law, Italy
39. Alessandro De Giorgi, Professor of Justice Studies, San José State University, USA
40. Paul de Waart, Professor Emeritus of International Law, VU University, Amsterdam, The Netherlands
41. Gabriele della Morte, Senior Lecturer in International Law, University Cattolica, Milan, Italy
42. Max du Plessis, Professor of Law, University of Kwazulu-Natal, and Barrister, South Africa and London, UK
43. Noura Erakat, Georgetown University, USA
44. Mohammad Fadel, Associate Professor of Law, University of Toronto Faculty of Law, Canada
45. Mireille Fanon-Mendés France, Independent Expert UNO, Frantz Fanon Foundation, France
46. Michelle Farrell, lecturer in law, School of Law and Social Justice, University of Liverpool, UK
47. Daniel Feierstein, Professor and President International Association of Genocide Scholars (IAGS), Argentina
48. Eleonor Fernández Muñoz, Costa Rica
49. Tenny Fernando, Attorney at Law, Sri Lanka
50. Amelia Festa, LLM Candidate, University of Naples Federico II, Italy
51. Katherine Franke, Professor of Law, Columbia Law School, USA
52. Jacques Gaillot, Bishop *in partibus of Patenia*
53. Katherine Gallagher, Vice President FIDH, senior attorney, Centre for Constitutional Rights (CCR), New York, USA
54. Avo Sevag Garabet, LLM, University of Groningen, the Netherlands
55. Jose Garcia Anon, Professor of Law, Human Rights Institute, University of Valencia, Valencia, Spain
56. Irene Gasparini, PhD candidate, Università Cattolica, Milan, Italy
57. Stratos Georgoulas, Assistant Professor, University of the Aegean, Greece
58. Haluk Gerger, Professor, Turkey
59. Hedda Giersten, Professor, Universitet I Oslo, Norway
60. Javier Giraldo, Director Banco de Datos CINEP, Colombia
61. Carmen G. Gonzales, Professor of Law, Seattle University School of Law, USA
62. Penny Green, Professor of Law and Criminology, Director of the State Crime Initiative, King's College London, UK
63. Katy Hayward, Senior Lecturer in Sociology, Queen's University Belfast, Northern Ireland
64. Andrew Henley, PhD candidate, Keele University, UK
65. Christiane Hessel, Paris, France
66. Paddy Hillyard, Professor Emeritus, Queen's University Belfast, Northern Ireland
67. Ata Hindi, Institute of Law, Birzeit University, Palestine
68. Francois Houtart, Professor, National Institute of Higher Studies, Quito, Ecuador
69. Deena R. Hurwitz, Professor, General Faculty, Director International Human Rights Law Clinic, University of Virginia School of Law, USA
70. Perfecto Andrés Ibánes, Magistrado Tribunal Supremo de España, Spain
71. Franco Ippolito, President of the Permanent People's Tribunal, Italy
72. Ruth Jamieson, Honorary Lecturer, School of Law, Queen's University, Belfast, Northern Ireland

73. Helen Jarvis, former member Extraordinary Chambers in the Courts of Cambodia (ECCC), member of IAGS, Cambodia
74. Ioannis Kalpouzou, Lecturer in Law, City Law School, London, UK
75. Victor Kattan, post-doctoral fellow, Law Faculty, National University of Singapore
76. Michael Kearney, PhD, Lecturer in Law, University of Sussex, UK
77. Yousuf Syed Khan, USA
78. Tarik Kochi, Senior Lecturer in Law, School of Law, Politics and Sociology, University of Sussex, UK
79. Anna Koppel, MSt Candidate in International Human Rights Law, University of Oxford, UK
80. Karim Lahidji, President of the International Federation for Human Rights (FIDH) and lawyer
81. Giulia Lanza, PhD Candidate, Università degli Studi di Verona, Italy
82. Daniel Machover, solicitor, Hickman & Rose, London, UK
83. Tayyab Mahmud, Professor of Law, Director of the Centre for Global Justice, Seattle University School of Law, USA
84. Maria C. LaHood, Senior Staff Attorney, CCR, New York, USA
85. Louise Mallinder, Reader in Human Rights and International Law, University of Ulster, UK
86. Triestino Mariniello, Lecturer in International Criminal Law, Edge Hill University, UK
87. Mazen Masri, Lecturer in Law, The City Law School, City University, London, UK
88. Siobhan McAlister, School of Sociology, Queen's University Belfast, Northern Ireland
89. Liam McCann, Principal Lecturer in Criminology, University of Lincoln, UK
90. Jude McCulloch, Professor of Criminology, Monash University, Melbourne, Australia
91. Yvonne McDermott Rees, Lecturer in Law, University of Bangor, UK
92. Cahal McLaughlin, Professor, School of Creative Arts, Queen's University Belfast, Northern Ireland
93. Araks Melkonyan, LLM Candidate, University of Essex, UK
94. Antonio Menna, PhD Candidate, Second University of Naples, Caserta, Italy
95. Naomi Mezey, Professor of Law, Georgetown University Law Center, USA
96. Michele Miravalle, PhD candidate, University of Torino, Italy
97. Sergio Moccia, Professor of Criminal Law, University Federico II, Naples, Italy
98. Kerry Moore, Lecturer, Cardiff University
99. Giuseppe Mosconi, Professor of Sociology, University of Padova, Italy
100. Usha Natarajan, Assistant Professor, Department of Law & Centre for Migration and Refugee Studies, The American University in Cairo, Egypt
101. Miren Odriozola Gurrutxaga, PhD Candidate, University of the Basque Country, Donostia – San Sebastián, Spain
102. Georgios Papanicolaou, Reader in Criminology, Teesside University, UK
103. Marco Pertile, Senior Lecturer in International Law, Faculty of Law, University of Trento, Italy
104. Andreas Philippopoulos-Mihalopoulos, Professor of Law and Theory, LLM, The Westminster Law and Theory Centre, UK
105. Antoni Pigrau Solé, Universitat Rovira i Virgili de Tarragona, Spain
106. Joseph Powderly, Assistant Professor of Public International Law, Leiden University, The Netherlands
107. Tony Platt, Visiting Professor of Justice Studies, San Jose State University, USA

108. Scott Poynting, Professor in Criminology, University of Auckland, New Zealand
109. Chris Powell, Professor of Criminology, University S.Maine, USA
110. Bill Quigley, Professor, Loyola University, New Orleans College of Law, USA
111. John Quigley, Professor of Law, Ohio State University
112. Zouhair Racheha, PhD Candidate, University Jean Moulin Lyon 3, France
113. Laura Raymond, International Human Rights Advocacy Program Manager, CCR, New York, USA
114. Véronique Rocheleau-Brosseau, LLM candidate, Laval University, Canada
115. David Rodríguez Goyes, Lecturer, Antonio Nariño and Santo Tomás Universities, Colombia
116. Alessandro Rosanò, PhD Candidate, Università degli Studi di Padova, Italy
117. Jamil Salem, Director Institute of Law, Birzeit University, Palestine
118. Mahmood Salimi, LLM Candidate, Moofid University, Iran
119. Nahed Samour, doctoral fellow, Humboldt University, Faculty of Law, Berlin, Germany
120. Iain GM Scobbie, Professor of Public International Law, University of Manchester, UK
121. David Scott, Senior Lecturer in Criminology, Liverpool John Moores University, UK
122. Phil Scraton, Professor of Criminology, Belfast, Ireland
123. Rachel Seoighe, PhD Candidate, Legal Consultant, King's College London, UK
124. Tanya Serisier, School of Sociology, Queen's University Belfast, Northern Ireland
125. Mohammad Shahabuddin, PdD, Visiting researcher, Graduate School of International Social Sciences, Yokohama National University, Japan
126. Dean Spade, Seattle University School of Law, USA
127. Per Stadig, lawyer, Sweden
128. Chantal Thomas, Professor of Law, Cornell University, USA
129. Kendall Thomas, Nash Professor of Law, Columbia University, USA
130. Gianni Tognoni, Lelio Basso Foundation, Rome, Italy
131. Steve Tombs, Professor of Criminology, The Open University, UK
132. Paul Troop, Barrister, Garden Court Chambers, UK
133. Valeria Verdolini, Reader in Sociology, University of Milan, Italy
134. Francesca Vianello, University of Padova, Italy
135. Aimilia Voulvouli, Assistant Professor of Sociology, Fatih University, Turkey
136. Namita Wahi, Fellow, Centre for Policy Research, Dharma Marg, Chanakyapuri, New Delhi, India
137. Sharon Weill, PhD, Science Po, Paris/ CERAH, Geneva, Switzerland
138. Peter Weiss, Vice President of Centre for Constitutional Rights (CCR), New York, USA
139. David Whyte, Reader in Sociology, University of Liverpool, UK
140. Jeanne M. Woods, Henry F. Bonura, Jr. Distinguished Professor of Law, Loyola University College of Law, New Orleans, USA
141. William Thomas Worster, Lecturer, International Law, The Hague University of Applied Sciences, The Netherlands
142. Maung Zarni, Judge, PPT on Sri Lanka and Visiting Fellow, London School of Economics and Political Science